

<https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=ARD&oldid=202254423>

Vorwurf parteipolitischer Einflussnahme

Cordt Schnibben kritisierte 1989, die ARD sei „Dilettanten und Dunkelmännern“ ausgeliefert. Eine Befragung der Rundfunkräte der ARD habe ergeben,

dass diese schlechter über die zu kontrollierenden Programme informiert seien als die Fernsehzuschauer und dass die Räte den Grund für ihre mangelhafte

Arbeit zu 76 Prozent in „anderweitigen beruflichen Verpflichtungen“ sehen, zu 39 Prozent in „mangelnder Sachkenntnis“ und zu 16 Prozent in

„mangelndem Interesse“. In den Aufsichtsgremien der ARD würde dieser Dilettantismus gezüchtet, „um die öffentlich-rechtlichen Anstalten zu

Reichssendern der Parteien zu machen“. Die ursprünglich liberalen Rundfunkgesetze seien so lange novelliert worden, bis der Zugriff der Parteien zum

Gesetz wurde. Im ganzen Gremium sitze höchstens einer ohne Parteibuch, von jedem könne man das Abstimmungsverhalten voraussagen.[23] Die Nazis

hätten den Rundfunk missbraucht, dann hätten die Alliierten demokratische Strukturen verordnet, „und dann ist alles wieder degeneriert“, klagte der frühere

ARD-Vorsitzende Hartwig Kelm. In einem Interview stellte er dar, wie er personalpolitisch und haushaltspolitisch unter Druck gesetzt wurde. Diesem

Druck könnte nicht jeder widerstehen, da es schon bei Hauptabteilungsleitern schlichtweg um die Existenz gehe. Er forderte, die Parteienvertreter müssten

aus den Aufsichtsgremien entfernt werden, die ARD müsse grundlegend neu organisiert werden.[24] Auch nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von

2014 sah Richter Andreas Paulus keine entscheidende Verbesserung: Faktisch dominierten auch weiterhin parteipolitische Maßstäbe, das Versprechen eines

„staatsfernen Rundfunks und Fernsehens“ bleibe auch nach der nunmehr 14. Rundfunkentscheidung des Bundesverfassungsgerichts unerfüllt.[25] Paulus

äußerte grundsätzliche Kritik an der Anwesenheit von Staatsvertretern in den Kontrollgremien.[

Sprache und Niveau

Ulrich Wickert kritisierte 2009 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), in Nachrichtensendungen der ARD wie des ZDF werde „bruchstückhaft

informiert und schlampig formuliert, die Unterhaltung scheint das Wichtigste zu sein“.

Besonders an Tagesschau und Tagesthemen stellte er eine sprachliche Verlotterung fest, die Autoren beherrschten „zum großen Teil nicht einmal mehr den

korrekten Satzbau“. Die „Floskelsprache der Politik“ und das „Kurzsprech der Nachrichtenagenturen“ würden übernommen.

Wegen der inhaltlichen Mängel kommt er zu dem Schluss: „Den Machern scheint das Bewusstsein für ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag, für eine

Grundversorgung politischer Information zu sorgen, abhandengekommen zu sein.“ Über die Wahlberichterstattung urteilte er: „Es fehlt offenbar an einem

Verständnis für die politische Grundversorgung.“ Es fehle aber nicht nur an einem Sinn für die Verbreitung wichtiger aktueller politischer Inhalte, sondern

erst recht an der Einordnung.[27]

Kai Gniffke wies die Kritik zurück: Die Nachrichtensendungen seien sprachlich „außerordentlich akkurat“. Der übliche Vorwurf sei eher, sie seien zu

staatstragend. „Besonders unterhaltsame Elemente hat man der 20-Uhr-,Tagesschau‘ noch nie nachgesagt.“[28]

Verwendung von Deutungsrastern zur Meinungssteuerung (Framing)

Im Februar 2019 wurde bekannt, dass die ARD durch Elisabeth Wehling einen Kommunikationsleitfaden erstellen ließ, ein sogenanntes Framing-Manual

mit dem Titel Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD. Dieser wurde unter der Marke Berkeley International Framing Institute veröffentlicht.[41] Durch

die Verwendung der darin vorgeschlagenen Methoden sollen ARD-Funktionsträger die gesellschaftliche Relevanz der ARD bzw. ihrer Mitgliedsanstalten

nicht durch Fakten oder Details, sondern primär durch Überzeugung und moralische Prinzipien herausstellen. So soll zum Beispiel nicht mehr vom Einzug

eines Rundfunkbeitrags die Rede sein, sondern von der „Verwaltung des Rundfunkkapitals der Bürger“.[42][43] Die Fokussierung auf moralischer anstatt auf

Fakten-basierter Kommunikation gründet auf der Bestimmung eines Teils der Bevölkerung als Gegner, gegen deren „orchestrierte Angriffe“ man sich verteidigen will.[44]

Das Gutachten aus dem Jahr 2017 selbst wurde kurz nach dem Bekanntwerden von der Internetseite Netzpolitik.org zur Verfügung gestellt.[45] Die ARD

bezahlte das an das Framing Institute gezahlte Honorar auf insgesamt 120.000 Euro. Die Kosten für die Arbeitsunterlagen und begleitende Workshops

hätten sich auf 90.000 Euro belaufen, die der MDR als damalige Vorsitzanstalt bezahlt habe, weitere 30.000 Euro habe das ARD-Generalsekretariat für

Folgeworkshops bezahlt. Wehling wurde mit neun Workshops für Mitarbeiter beauftragt, vier dieser Workshops hatten im Februar 2019 schon

stattgefunden.[46] Das ARD-Generalsekretariat mit Sitz in Berlin unterstützt die Geschäftsführung des Senderverbands bei der strategischen Positionierung

der ARD, der Interessenvertretung nach außen und der Öffentlichkeitsarbeit.[47]

Als Motiv hinter dem Versuch, die öffentliche Meinung besser zu steuern, sieht Christian Buß vom Spiegel die Angst, dass Einnahmen über die

Rundfunkgebühr in Zukunft indexiert und damit stärker beschränkt werden könnten.[]

Vorwurf des Staatsfunks

Der ARD wird in der öffentlichen Debatte wie auch ihrem Gegenpart ZDF oft unterstellt, ihre Sendungen im Auftrag von Politik und Regierung zu

gestalten.[49] BDZV-Präsident Matthias Döpfner verglich die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit Nordkorea, um Aufmerksamkeit für die von ihm

wahrgenommene Omnipräsenz und Einseitigkeit zu schaffen.[50][51] Fatal sei, so Christian Meier in der WELT, dass in der Kritik an der ARD Begriffe wie

„Staatsfunk“ oder „Schweigekartell“ auch von Politikern etablierter Parteien, Journalisten bürgerlicher Tageszeitungen und ehemaligen Moderatoren

verwendet würden. Die Beitragszahler „müssen zum Souverän der von ihnen finanzierten Sender werden. Es braucht dazu noch mehr Transparenz. Mehr

Beteiligung.“[52] Jan Fleischhauer verteidigte den Gebrauch der Vokabel Staatsfunk als angemessen und kommentierte: „Viele politische Zwangssysteme

sind nicht an dem Zwang zugrunde gegangen, den sie über die Menschen ausübten, sondern an dem Doppelsprech, der es den Bürgern abverlangte, das,

was sie als Zwang empfanden, als Vergünstigung begrüßen zu sollen.“[53] Auch Rainer Hank und Georg Meck verteidigten die Benutzung des Begriffs

Staatsfunk. Der Begriff spreche „eine schlichte, unideologische Wahrheit“ aus. „So wie der französische Staat Atomkraftwerke betreibt, so betreibt der

deutsche Staat Fernsehanstalten.“ Der Gründungsakt der öffentlich-rechtlichen Anstalten sei „ein hoheitlicher Akt des Staates“ gewesen, das ZDF sei mit

einem „Staatsvertrag“ gegründet worden.[54]